

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 09.08.2016

Mehr Schutz für die Menschen in Niedersachsen vor Terror und Kriminalität - die Landesregierung muss endlich umdenken!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die Sicherheit der Menschen in Niedersachsen und Deutschland ist bedroht. Der internationale islamistische Terror ist in Deutschland angekommen und forderte auch in Niedersachsen Opfer. Aus Niedersachsen ziehen radikalisierte Muslime in die Kriegsgebiete Syriens und des Iraks. Sie begehen dort schwere Straftaten bis hin zu Tötungsdelikten und Selbstmordanschlägen. Dadurch verschärfen sie die Lage im Bürgerkriegsgebiet. Sofern sie zurückkehren, sind sie ein schwer zu kalkulierendes Sicherheitsrisiko und verschärfen die Bedrohungslage. Hinzu kommt die große Gefahr von Terroranschlägen in Deutschland. Insbesondere der Terroranschlag vom November 2015 in Paris zeigt, dass Terroristen inzwischen koordinierte Angriffe an mehreren Orten zugleich und mit schweren Waffen durchführen.

Die Einbruchskriminalität ist besorgniserregend angestiegen. International operierende Banden verstärken ihre Beutezüge auf Wohnungen und Häuser in Niedersachsen. Die Aufklärungsquote der Polizei sinkt. Zurück bleiben traumatisierte Opfer, erhebliche Schäden und ein hohes Maß an Verunsicherung in der Bevölkerung. Die Menschen in Niedersachsen reagieren hierauf mit einer deutlich gestiegenen Zahl von Anträgen nach sogenannten kleinen Waffenscheinen. Hier zeigt sich, dass die Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in den Staat verlieren, ihre Sicherheit garantieren zu können. Das Vertrauen in die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten selbst ist weiterhin hoch, weil diese erkennbar ihr Bestes tun. Sie werden aber durch zu wenig Kollegen und Ausstattung, aber auch zu enge Befugnisse und Bürokratie ausgebremst.

Der Respekt gegenüber Mitarbeitern von z. B. Polizei, Justiz, Finanzämtern oder Feuerwehr sinkt. Deren Beschäftigte werden zunehmend Opfer von Beleidigungen und tätlichen Angriffen. Linksextremisten und angebliche Fußballfans versuchen, Polizisten zu stigmatisieren. Das reicht bis in das Privatleben der Beamtinnen und Beamten hinein und bedroht ihre körperliche Unversehrtheit und ihr Eigentum. Insbesondere die vielen Berichte von Fehlverhalten von vielen Männern mit Migrationshintergrund gegenüber Polizeibeamtinnen oder anderen weiblichen Bediensteten des Staates verunsichern die Menschen.

Der Landtag stellt sich hinter die niedersächsischen Sicherheitsbehörden und lehnt Maßnahmen ab, die diese schwächen.

Die Polizei ist ein Pfeiler der Inneren Sicherheit und keine Bedrohung für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

Forderungen, der niedersächsischen Polizei den Einsatz von Diensthunden, Dienstpferden oder Pfefferspray bei Demonstrationen zu verbieten, verkennen die gegenwärtigen Herausforderungen der Inneren Sicherheit. Beschwerdestellen über die Polizei im Innenministerium und Kennzeichnungspflicht der Beamten bei Demonstrationen sind Ausdruck eines falschen und ideologischen Bildes der Polizei als Werkzeug obrigkeitstaatlicher Machtausübung. Dieses pauschalisierende und vorverurteilende Denken über unsere Polizei ist borniert und milieubehaftet.

Niedersachsens Polizistinnen und Polizisten beklagen fehlende technische Ausstattung bei Waffen, Material und Fahrzeugen. Sie leiden unter der dauerhaften Überlastung durch Mehrarbeit und Überstunden wegen fehlender Stellen. Verschärft wird dies durch immer neue bürokratische Vor-

gaben und gesetzliche Begründungsanforderungen. Das Arbeitsklima verschlechtert sich. Alles zusammen führt die Krankenstände nach oben.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die Polizei mit Waffen, persönlicher Schutzausstattung und Fahrzeugen auszustatten, die geeignet sind, auf Anschläge nach dem Muster von Paris oder Bombay zu reagieren,
2. gemeinsam mit der Bundeswehr Vorbereitungen zum Einsatz von Bundeswehreinheiten, wie Feldjägern, im Wege der Amtshilfe bei Terroranschlägen zu treffen (Konzept, gemeinsame Übungen, Alarmketten),
3. kurzfristig eine Evaluation des Polizeirechts zur verbesserten Terrorabwehr durchzuführen,
4. kurzfristig ein Handlungskonzept zur Bekämpfung des Islamismus einschließlich eines Landesprogramms zur Islamismusprävention vorzulegen,
5. einen Gesetzentwurf zum Ausbau der Videoüberwachung auf zentralen öffentlichen Plätzen und in Bussen und Bahnen vorzulegen,
6. endlich zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der steigenden Einbruchskriminalität zu ergreifen,
7. islamistische Moscheen und Versammlungsstellen eng zu überwachen,
8. ein Personalentwicklungskonzept für die Polizei und den Verfassungsschutz einschließlich der Schaffung von mindestens 1 000 zusätzlichen Stellen aufzulegen,
9. die sogenannte Beschwerdestelle im Innenministerium aufzulösen, weil sie die Arbeit der Polizeiarbeit einem Generalverdacht aussetzt und niemandem hilft und
10. Bürokratie abzubauen und nicht aufzubauen, damit die Polizistinnen und Polizisten nicht von ihrer eigentlichen Arbeit abgehalten werden.

Der Landtag lehnt die Pläne der Landesregierung ab,

1. die Befugnisse der Polizei und der Kommunen als Ordnungsbehörden deutlich zu reduzieren,
2. das Schutzgut der „Öffentlichen Ordnung“ aus dem Polizei- und Ordnungsrecht zu streichen,
3. den Polizistinnen und Polizisten zusätzliche bürokratische Pflichten aufzulegen,
4. die Bannmeile um den Landtag abzuschaffen,
5. Niedersachsens Polizistinnen und Polizisten bei Demonstrationen individuell zu nummerieren,
6. die Videoüberwachung durch die Polizei einzuschränken und
7. keinesfalls Moscheen zu kontrollieren.

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender